



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES
Sitzung vom 28. Januar 2019

Geschäft Nr. 3145

Beantwortung Interpellation SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Kommunale Klimapolitik – Umsetzung Pariser Abkommen“

Aktenhinweis

- Interpellation SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 22. November 2018

GR Stefan Löw: Wir besprechen hierin ein globales Thema, das uns in den nächsten Jahrzehnten und darüber hinaus noch ganz intensiv beschäftigen wird. Die Umsetzung aller Ziele des Klimaschutzes muss von ganz oben nach ganz unten und von unten nach ganz weit oben passieren, damit wir die Ziele erreichen. So gesehen, beantworte ich die Fragen gerne. Grundlagen sind das Pariser Abkommen, das CO₂-Gesetz und bei uns die Energiestrategie 2050 und das Energielabel von Pratteln. Mich persönlich betrifft es, weil ich drei erwachsene Kinder habe und in absehbarer Zeit fünf kleine Grosskinder, die klar in die Zukunft schauen und mir später Fragen stellen in diesem Zusammenhang, was ich in meinem Leben bezüglich Klimaschutz je bewirkt habe.

Frage 1: *Welche Gedanken hat sich der Gemeinderat bisher zur kommunalen Umsetzung des Pariser Abkommens gemacht?* Der Gemeinderat verfolgt die Diskussion immer auch auf nationaler und internationaler Ebene – auch im Hinblick auf die Massnahmen zu den Perspektiven und Legislaturzielen 2019 - 2023, 10.4. Damit haben wir uns klar Vorgaben gemacht, dass wir uns dieses Themas annehmen. Für den Gemeinderat ist es ein wichtiges Thema, was auch immer wieder zum Ausdruck in Diskussionen kommt. Wichtig für die kommunale Politik sind auch die konkreten Handlungsfelder, die uns zur Verfügung stehen und auf die wir Einfluss nehmen können wie die Weiterführung des Energiestadt-Labels. Bei den Quartierplanungen richten wir uns nach der 2'000-Watt-Gesellschaft und geben die entsprechenden Zertifizierungsvorgaben, was im Geschäft 2947 nachzulesen ist. Wir unterstützen Wärmeverbände mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen.

Frage 2: *Hat der Gemeinderat bereits Massnahmen zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern eingeleitet um das angestrebte Ziel zu erreichen? Falls nein: Kann er sich zukünftige Massnahmen vorstellen? Falls ja: Welche?* Ja. Dies haben wir gemacht. Im Aufgaben- und Finanzplan Feld 18 ist umschrieben „Pratteln ist Energiestadt und setzt sich für die Nachhaltigkeit auf allen Ebenen ein.“ Ziel ist „Pratteln bleibt Energiestadt“ und der Plan ist „Umsetzung Aktions- und Massnahmenplan“. Dieses sehr umfassende Dokument haben sie schon gesehen, das im Zusammenhang mit dem Energiestadt-Label erarbeitet und erweitert wurde. Wir bieten Massnahmen im Energieförderungsereich an und haben dazu auch eine Broschüre erarbeitet, die man beziehen kann und in der auch enthalten ist, welche Beiträge zu erwirken sind. Wir informieren im Prattler Anzeiger, wir haben Tempo-30 eingeführt, was auch Teil des Energiesparens ist und bewirtschaften die Parkplätze, was sicher einen Einfluss hat und bei Beschaffungen durch Verwaltung und Werkhof wird auf Nachhaltigkeit geachtet. Ein weiteres Beispiel sind die Wasserspender auf der Verwaltung, was verhindert, dass jeder mit einer Petflasche kommt, was zusammen mit der Mehrwegflasche doch einiges einspart. Bei neu- und Umbauten werden die neuesten Energievorgaben angewendet und eine Energiebuchhaltung für gemeindeeigene Bauten und Anlagen geführt. Wir setzen uns für die Optimierung der Beleuchtungskörper ein und rüsten, wenn möglich, auf LED um. Wir versuchen das Elterntaxi zu reduzieren und die Eltern zu bewegen, die Kinder zu Fuss in die Schule laufen zu lassen. Weiter sind viele kleine Massnahmen im Gange, zu denen auch eine Kampagne gegen das Literring gehört und ebenso die Durchführung eines Naturschutztages.



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 28. Januar 2019

Frage 3: *Wie wird die Bevölkerung vor den Gefahren durch den Klimawandel geschützt?*
Durch Information von Bund und Kanton, dem AEW und uns, der Gemeinde. Wir betreiben Hochwasserschutz, Sonnenschutz auf Spielplätzen oder im Schwimmbad. Weiter allgemeine Aufrufe vom Amtsstellen und Gesundheitsorganisationen, von denen immer wieder Informationen kommen, wie man sich schützen soll vor dem Klima. Natürlich könnte und sollte man noch viel mehr machen, das wissen wir. Darum ist wichtig, an diesem Thema kontinuierlich weiterzuarbeiten. Wir alle müssen umdenken und dies funktioniert nur über ein anderes Verhalten. Wir müssen von dieser Wegwerfgesellschaft wegkommen; es ist besser, Energie einzusparen, indem wir sie gar nicht benötigen. Wir könnten hierin eine Abstimmung durchführen und konkret sagen, bei welcher Temperatur wir unsere Einwohnerratssitzungen abhalten wollen. Mit einer Temperaturreduktion haben wir natürlich auch eine CO₂-Ersparnis und vielleicht wird dann die Sitzung beschleunigt und effizienter und schneller, weil es hierin kalt ist. Dies ergibt wiederum Einsparungen im Stromkonsum. Wir müssen wirklich dranbleiben; es steht und fällt schlussendlich mit jeder einzelnen Person bis ganz weit nach unten. Dies ist das Zielführendste und zusammen mit der Eigenverantwortung wird die grösste Wirkung erzielt.

Die Interpellation Nr. 3145 ist beantwortet.



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES
Sitzung vom 20. Mai 2019

Geschäft Nr. 3159

Resolution der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Ausrufung des Climate Emergency („Klimanotstand“)"

Aktenhinweis

- Resolution der SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 20. März 2019

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat ist sich klar bewusst, dass die Verabschiedung der Resolution vollumfänglich in der Hoheit des Wohnerrates liegt. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, was Pratteln bereits für Massnahmen ergriffen hat oder welche Vorgaben vorliegen und wie wir diese umsetzen sollen. Ein ähnlicher Vorstoss wurde mit der Interpellation Nr. 3145 der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Kommunale Klimapolitik, Umsetzung Pariser Abkommen“ schon gemacht, welcher vom Gemeinderat auch sehr umfassend beantwortet wurde. Nachzulesen im Votenprotokoll Nr. 478 vom 28. Januar 2019. Ausserdem weise ich auf die Legislaturziele im AFP unter 10.4 hin: „Die Gemeinde fokussiert energetische Massnahmen auf die Bereiche Gebäude, erneuerbare Energien, Mobilität und Elektrogeräte. Jede Beschaffung wird auf ihre Energieeffizienz und ihren CO2 Ausstoss geprüft und nur im Sinne der Energiestrategie 2050 des Bundes umgesetzt.“ Das hat sich der Gemeinderat unter den Legislaturzielen vorgegeben und wird das auch einhalten. Dazu finden sie im AFP 2019 – 2023 auf Seite 54 unter dem Aufgabenfeld 18 (Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie) unter Ziel: „Pratteln bleibt Energiestadt“ und gleich daneben unter Plan „Umsetzung Aktions- und Massnahmenplan“. Weiter im Aufgabenfeld 19 (Räumliche Entwicklung und Baugebiete) unter Ziel: „Neue Bebauungen sind mit bestehenden Quartieren abgestimmt und umweltverträglich.“ Jetzt werde ich noch etwas zum Energiestadtlabel erzählen. Wahrscheinlich ist der Rat nicht über alle Massnahmen informiert, welche vorgegeben sind. Die Dokumentation ist sehr umfassend und ich werde nur Einige nennen. Das Energiestadtlabel haben wir im November 2009 erhalten. Wir haben es zertifizieren lassen und damals mit 54 % erreicht. Nach vier Jahren und dem Reaudit hatten wir eine Steigerung auf 63 %, was ein ausserordentlich gutes Ergebnis war. Je weiter wir hinaufkommen, desto schwieriger wird es. Nichts desto trotz hatten wir auch im 2018 eine Zunahme und sind jetzt auf 66 %. Das heisst, wir haben zwei Drittel von 100 % erreicht. Ich lese nun einige Zitate der Energiepolitischen Zielsetzungen vor: „Energiepolitische Zielsetzung Gemeinde Pratteln 2018 – 2021.“ Das sind die Ziele, die der Gemeinderat sich selbst vorgegeben, so zugestimmt und verabschiedet hat. Die folgenden Zielsetzungen konkretisieren die Legislaturziele 2017 – 2020 im Bereich Energie. Die Gemeinde Pratteln unterstützt die Zielsetzungen des Kantons Baselland (Energiegesetz) und setzt sich nach ihren Möglichkeiten ein für:

- Eine sichere, umweltgerechte, breit gefächerte und volkswirtschaftlich optimale Versorgung mit Energie;
- eine sparsame, rationelle und umweltschonende Energieverwendung;
- einen Ersatz nicht erneuerbarer Energie möglichst durch erneuerbare Energie. Das heisst für die nächsten Jahre konkret, dass - Pratteln bietet ein hochwertiges, gepflegtes und sicheres Wohnumfeld in altersdurchmischten Quartieren. Der Dorfkern als Begegnungsort ist belebt und aufgewertet;
- Pratteln verfügt mit „Salina Raurica“ über ein sehr gut erschlossenes Vorzeigequartier für Wohnen, Arbeiten und Freizeit;
- Pratteln zeichnet sich durch eine gute Anbindung im Nah- und Fernverkehr sowie durch bedarfsgerechte Mobilitätsachsen in der Gemeinde aus, welche das Potenzial neuer Technologien der intelligenten Mobilität nutzen;
- Pratteln erhält und entwickelt seinen Naherholungsraum weiter und fördert die Biodiversi-



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 20. Mai 2019

tät unter Berücksichtigung der Interessen der Land- und Forstwirtschaft; - Pratteln fokussiert energetische Massnahmen auf die Bereiche Gebäude, erneuerbare Energien, Mobilität und Elektrogeräte. Die Beschaffung wird auf ihre Energieeffizienz und ihren CO2 Ausstoss geprüft und im Sinne der Energiestrategie 2050 des Bundes umgesetzt; - die Gemeinde Pratteln ihre Infrastrukturen zukunftsorientiert ausrichtet und nach hohen energetischen Standards ausführt (u.a. über laufende energetische Optimierung von Bauten und Anlagen, Neubauten / Sanierungen, Einbezug von Kriterien der Ökologie bei der Beschaffung); - die Gemeinde Pratteln die Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien fördert, z. B. mit Information/Beratung, finanzieller Unterstützung oder entsprechenden raumplanerischen Rahmenbedingungen (z. B. Quartierpläne, Verdichtung Wärmeverbund); - die Gemeinde Pratteln die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, dem Kanton sowie den Energieversorgern für gemeindeüberschreitende Projekte fortführt (z.B. Salina Raurica). Die ersten fünf Formulierungen entsprechen den Legislaturzielen. Damit sollen folgende Parameter beeinflusst werden: - Die Anteile von erneuerbarer Wärme und Strom steigen sowohl bei den Anlagen der Gemeinde Pratteln als auch auf dem gesamten Gemeindegebiet; - Der Gesamtenergieverbrauch der Gemeinde Pratteln wird stabilisiert (mit Ausnahme der grossen Gebietsentwicklungen wie Salina Raurica); - Energetische Verbesserung der Gebäude der Gemeinde Pratteln entsprechend Sanierungskonzept und GEAK-Analysen; - Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen nimmt ab. Die Wohn- und Lebensqualität sowie die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer nehmen zu.

Ausserdem machen wir verschiedene Aktionen und haben verschiedene Prospekte zum Thema (z. B. Energiestadt, ein Label verpflichtet). Wir sprechen auch Energieförderungsbeiträge aus. Wie man diese erhält ist einerseits im Prospekt und andererseits auf der Homepage ersichtlich. Wir streben die 2000-Watt-Gesellschaft an, entsprechend den Vorgaben bei den Quartierentwicklungen und in den Quartierplänen. Die Zertifizierungsvorgaben kann man unter dem Geschäft Nr. 2947 (Zonenvorschriften Siedlung Mutation Salina Raurica) nachlesen. Wir unterstützen nach Möglichkeit die Wärmeverbunde. Weitere Grundlagen sind für den Gemeinderat ganz klar das Pariser Abkommen, welches die CO2-Gesetze und der Energiestrategie 2050 folgt. Der Gemeinderat ist sich der Verantwortung bezüglich des Klimawandels sehr bewusst und handelt auch dementsprechend. Dies ist in einem sehr grossen und starken Spannungsfeld zu bewerkstelligen und wir suchen jeweils die bestmöglichen Lösungen, um der Problematik gerecht zu werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass genügend orientierende Angaben vorliegen. Wie der Rat nun mit der Resolution umgehen will, überlassen wir ihnen. Der Gemeinderat will grundsätzlich darauf keinen Einfluss nehmen.

Fabian Thomi (Initiant): Ich danke GR Stefan Löw für die Beantwortung der Fragen, welche eigentlich niemand gestellt hat. Aufgrund seiner langen Rede gehe ich aber davon aus, dass ihm dieses Thema sehr wichtig ist und er darum für eine Priorisierung dieses Themas und der Zustimmung dieser Resolution ist. Ich hoffe nicht, dass ich dem Rat gross erklären muss, warum Schülerinnen und Schüler seit Monaten immer wieder an Freitagen unter dem Motto „Fridays for future“ streiken und demonstrieren. Was jetzt gerade passiert, ist historisch. Es sind Stimmen von jungen Menschen, welche politisch noch gar nichts oder nicht viel zu sagen haben, aber am längsten von uns allen noch auf diesem Planeten leben werden. Ihre Ängste und Sorgen um die Zukunft der Erde basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Direkt verändern wird die Resolution selber nicht viel. Es ist aber ein wichtiges Zeichen, eine Priorisierung vom Thema Klima und ein Startschuss für verändernde Vorstösse. Nachdem Basel und vor einer Woche auch Zürich der Resolution zugestimmt haben, hat sie unser bürgerlicher Landrat leider versenkt. Setzen wir also wenigstens als Gemeinde ein „Statement“ und werden unserem Namen als Energiestadt gerecht. Geben wir diesen jungen Menschen eine Stimme und zeigen,



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 20. Mai 2019

dass wir sie wahrnehmen. In diesem Sinne bitte ich den Rat um Zustimmung meiner Resolution. Danke.

Andreas Seiler: Wir diskutieren heute über einen symbolischen Klimanotstand. So steht es in der Fussnote auf Seite 2 der Vorlage. Die FDP Schweiz hat sich auch intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und unter anderem eine Mitglieder-Umfrage durchgeführt. Dabei kam heraus, dass Klimawandel und Umwelt ein wichtiges Thema ist, wobei auch Handlungsbedarf besteht. Es ist aber nicht das einzige Thema. Ebenfalls sind Gesundheitskosten, die Altersvorsorge und die Beziehung zu Europa als noch wichtigere Themen genannt worden. Eine grosse Mehrheit unserer Mitglieder anerkennt den Klimawandel und den Einfluss des Menschen darauf. Aber entgegen der Einleitung beim Resolutionstext auf Seite 1 sind wir der Meinung, dass die Eigenverantwortung durchaus einen grossen Stellenwert haben muss. Das erfordert natürlich Transparenz von Produkten und Kostenwahrheit und keine Marktverzerrungen. Die vorliegende Resolution ist ein geschicktes Politmarketing. Gratulation an die SP. Aber der Inhalt ist schwammig und sagt fast nichts aus. Beim 1. Punkt „*Höchste Priorität*“: Was heisst höchste Priorität? Ist das die absolut höchste oder gibt es andere Themen, die auch höchste Priorität haben? Nach unseren Mitgliedern gibt es eben Sachen, die genauso wichtig oder noch wichtiger sind. Beim zweiten Punkt steht die Formulierung „*wenn immer möglich*“. Man kann immer sagen, dass es möglich ist oder nicht. Die Frage ist, gibt es denn von der SP konkrete Ideen, welche ökologisch, gesellschaftlich und ökonomisch nachhaltig sind? Ich glaube nicht, dass ein autofreier Sonntag bei allen drei Kriterien wirklich nachhaltig ist. Beim dritten Punkt geht es um die Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Dort heisst es: „...*orientiert sich*“. Was heisst orientieren? Ich kann mich an einem Punkt orientieren und dann auf die andere Seite laufen. Das ist auch orientiert, sagt aber auch hier nichts aus. Ich erwähne noch, dass auch im übergeordneten kantonalen Energiegesetz diverse energiepolitische Ziele festgehalten sind, unter anderem die Reduktion des Verbrauchs von importierter, nicht erneuerbarer Energie. GR Stefan Löw hat bereits über die Legislaturziele der Gemeinde berichtet und über das Label der Energiestadt Pratteln. Die FDP-Fraktion stimmt dieser Resolution so nicht zu, weil sie nicht wirklich einen Inhalt hat. Wir wissen nicht, was dann eigentlich die Folgen wären bzw. es ist eben schwammig. Wenn schon, dann müssten solche Sachen in den Legislaturzielen abgebildet werden. Die Entwicklungskommission müsste dann darüber diskutieren, welche Formulierung nehmen wir wie auf. Für das haben wir die Entwicklungskommission und der Verfasser dieser Resolution ist ja dort Mitglied. Aus diesem Grund bitten wir den Rat, der Resolution in dieser Form nicht zuzustimmen, weil sie keinen Mehrwert bringt. Wir sind aber gerne bereit, über konkrete Massnahmen zu diskutieren.

Marc Bürgi: Die Resultate vom „Club of Rome“ sind uns schon lange bekannt. Die globale Erwärmung und die Problematik, bei der das CO₂ eine Rolle spielt, ist ein unwiderlegbarer Fakt. Als vernünftige bürgerliche Partei hat die BDP bereits schon im Jahr 2013 als erste bürgerliche Partei den wirtschaftlichen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Mit Symbolpolitik lösen wir die Umweltprobleme und die nachhaltige Energieerzeugung nicht. Paul Burger, Nachhaltigkeitsforscher an der Uni Basel, sagte: „*Katastrophismus bringt uns nicht weiter*.“ In allen Wirtschafts- und Lebensbereichen sind zügig Fortschritte zu einer nachhaltigen Entwicklung zu realisieren. Der BDP und auch für mich persönlich bedeutet das, Abfall so gut wie möglich zu vermeiden, Abfall so oft wie möglich zu trennen und zu recyceln und bevorzugt, auch wenn es ein Kostenpunkt ist, möglichst saisonale und biologisch hergestellte Lebensmittel zu konsumieren. Es braucht jetzt ein Umdenken und eine Lösung, aber das erreichen wir nicht mit Symbolpolitik und auch nicht mit Hysterie. Es braucht Vernunft und keine Ideologie, es braucht Aufklärung und keine Bürokratie. Diese Resolution bringt uns leider nur Bürokratie. Falls wir diese Resolution annehmen, müssen wir entscheiden, welche Geschäfte dringend sind oder nicht oder noch dringender sind und nicht das, was richtig und wichtig ist für die Energie-



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 20. Mai 2019

stadt Pratteln. Ich empfehle dem Einwohnerrat eine Teilnahme an den Wenkenhofgesprächen am 23. und 24. Mai 2019 in Riehen und gleichzeitig auch einen vernünftigen Entscheid bezüglich dieser Resolution und sie heute abzulehnen.

Simone Schaub: Auch die SVP-Fraktion hat diese Resolution relativ lange diskutiert. Ich bin mit meinen letzten beiden Vorrednern ziemlich einig. Diese Resolution widerspricht sich. Im letzten Satz steht, sie ist symbolisch zu verstehen. Auf der anderen Seite ist sie aber von uns aus gesehen eine Legitimierung für alle nachkommenden Anträge, dass alles, was nur ansatzweise mit dem Klima zu tun hat, höchste Priorität zu haben hat. Jeder Einzelne kann und soll auch zum Klimaschutz beitragen. Es ist immer einfach, die Verantwortung jemand anderem zu übergeben. In diesem Fall an unseren Gemeinderat. Jeder Prattler ist für seinen eigenen ökologischen Fussabdruck selber verantwortlich und soll diese Verantwortung bitte auch übernehmen. Das heisst aber auch, ein Stück weit zu verzichten; z. B. weniger heizen, weniger Strom zu verbrauchen und viel bewusster zu konsumieren. Regional und vor allem saisonal einzukaufen ist heutzutage leider nicht mehr normal. Wenn der Konsument die Erdbeeren bereits im März kaufen will, dann bietet sie der Detailhandel leider auch an. Es ist ganz einfach: Wenn es keine Nachfrage gibt, gibt es auch kein Angebot. Wir sind ein reiches Land und können es uns anscheinend leisten, tonnenweise noch einwandfreie Ware einfach in den Abfall zu werfen. Und wieso? Weil auf der Verpackung ein Datum steht. Vielleicht wissen einfach viele Leute nicht, dass das Joghurt ja gar nicht weiss, dass es nicht mehr gut sein darf. Aber ansetzen kann man bei diesem leidigen Thema Mindesthaltbarkeitsdatum nicht kommunal. Das ist ein europäisches wenn nicht sogar ein globales Problem. Das Problem wurde gerade durch die Bürokraten, die Politik und den sogenannten Verbraucherschutz geschaffen. Das ist nur ein Beispiel, dass diese Resolution auf der kommunalen Ebene gar keinen Sinn macht. Jeder einzelne Prattler Bürger soll verantwortungsbewusst mit den Ressourcen umgehen. Die SVP-Fraktion wird die Resolution in dieser Form nicht unterstützen sondern setzt auf die Eigenverantwortung der Prattler Einwohner. Abschliessend noch eine persönliche Bemerkung: Ich hoffe, dass diejenigen, welche diese Resolution unterstützen, nicht nur mit dem Velo herumfahren und auf das böse Auto verzichten, sondern mindestens auch Vegetarier sind. Ein Fleischverzicht würde den Fussabdruck auch verbessern.

Petra Ramseier: Die Unabhängigen und Grünen unterstützen diese Resolution. Es wurde schon sehr viel gesagt. Das Wichtigste an dieser Resolution ist für uns die Anerkennung, was die jungen Menschen jeden Freitag für das Klima und ihre Zukunft leisten. Ein Ergebnis, welches die Resolution hierin schon gebracht hat, ist, dass jede Partei gesagt hat, ja wir haben einen Klimanotstand, wir haben ein Problem und ja wir wollen etwas machen. Ich glaube, der Zweck hat sie schon erfüllt und über das bin ich sehr froh. Was ich wichtig fände, dass die Gemeinde als öffentliche Körperschaft das Problem anerkennt, dazu steht und etwas dagegen unternimmt. Das würde alle im Privaten extrem motivieren, noch mehr zu machen und sich mehr zu überlegen. Das wäre ein anderer Aspekt dieser Resolution. Im Detail könnten wir über jeden Satz streiten, das macht nichts und ist einfach so. Ich habe jetzt gehört, was jeder Einzelne zuhause machen kann: Weniger Fleisch essen, Abfall trennen, weniger heizen, mehr Strom sparen, weniger Auto fahren. Wir wissen ein paar Rezepte, aber das Problem ist eigentlich noch grösser und wir müssen noch grössere Lösungen finden. Die Anerkennung, dass man etwas machen muss, ist sicher ein erster Schritt. Der zweite Schritt wäre, Massnahmen zu ergreifen, die die Erwärmung wirklich stoppen und der dritte Schritt auch Massnahmen zu ergreifen, welche die schon bestehende Erwärmung mildern. Die Gemeinde hat dafür sicher Mittel zur Verfügung und wir schlagen mal als erstes vor, auch im AFP ein Kapitel Klimaschutz zu machen. Dann kann man die Massnahmen bündeln, kontrollieren und weiterentwickeln. Wir stimmen der Resolution zu. Das ist ein erster Schritt und danach geht es weiter.



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 20. Mai 2019

Mauro Pavan: Ich höre hierin Begriffe wie Symbolpolitik und Hysterie. Darum fühle ich mich genötigt, das Einwohnerratsreglement wieder einmal hervorzunehmen und zu zitieren, was eine Resolution eigentlich ist: „*Resolutionsbegehren sind Anträge, die eine Meinungsäusserung des Einwohnerrates zu wichtigen Ereignissen bezwecken.*“ Genau das verstehe ich unter der Resolution von Fabian Thomi, nicht mehr und nicht weniger. Ich nehme daher ein bisschen mit Befremden die ausschweifenden Ausführungen von GR Stefan Löw zur Kenntnis, rein auf das Quantitative bezogen. Inhaltlich freue ich mich natürlich darüber, dass diese Resolution wenigstens beim Gemeinderat offenbar offene Türen einrennt. Ich höre, was die Gemeinde Pratteln bereits schon alles macht. Wir haben ein Energiestadtlabel, d. h. eigentlich könnten wir problemlos dieser Resolution zustimmen. Eine Resolution ist ein Zeichen gegen aussen - ein „Statement“. Das fängt genau dort bei der Eigenverantwortung an. Zu jedem einzelnen Prattler Einwohner zähle ich auch uns 40 Einwohnerräte. Wenn nicht wir, wer dann soll mit guten Beispiel vorangehen? Und wir fangen bei unseren eigenen Geschäften an, das zur Priorität zu machen und das „Statement“ nach aussen abzugeben. Bei einzelnen Punkten bin ich gleicher Meinung wie meine Vorredner: Ich bin einig mit Simone Schaub, dass „mindestens haltbar bis“ nicht „sofort tödlich ab“ heisst. Das können wir nicht mit einer Resolution oder einem anderen Vorstoss auf kommunaler Ebene lösen. Aber wir können andere Sachen auf kommunaler Ebene angehen. Wir können schauen, dass wir bei Quartierplänen und Bauvorhaben das Klima an erster Stelle setzen und darauf achten, vor der eigenen Türe zu kehren. Und dass wir bei uns selber anfangen. Genau das ist eine Resolution. Darum bitte ich den Rat, dieser zuzustimmen.

Christoph Pfirter: Vorher wurde zweimal gesagt, dass die Jungen jeden Freitag auf der Strasse demonstrieren, weil sie etwas für ihre Zukunft machen wollen. Wenn wir weniger CO²-Ausstoss haben und ökologisch leben wollen, dann muss es wehtun. Das tut auch weh und wir werden auf vieles verzichten. Aber die Jungen verzichten nicht mal auf ihre Freizeit, sie gehen an einem Freitag, wo sie sonst in die Schule gehen müssten. Das ist der erste Punkt, der mich stört an diesen Demonstrationen. Sie wollen auf nichts verzichten, sie fordern etwas. Einige Male wurde auch die Eigenverantwortung angesprochen. Es liegt wirklich viel daran und jeder muss etwas machen. Es ist immer einfach und klingt gut, dass wir im Parlament etwas gemacht haben und dem Gemeinderat eine Aufgabe geben, aber ich habe einen ganz anderen Vorschlag, damit es uns allen weh tut: Wir verzichten dieses Jahr auf die Ferien und zwar alle. Wir gehen weder mit dem Auto, noch dem Zug, noch mit dem Flugzeug. Der Zug fährt zwar mit Strom, aber den könnten wir für etwas Anderes brauchen bzw. muss gar nicht erst produziert werden. Dann würden wir zu etwas stehen und sagen, jetzt tut es uns weh. Diejenigen, welche nicht wissen, was sie im Sommer machen wollen, könnten einen Kirschbaum der Bürgergemeinde nehmen und würden die Hochstämme unterstützen. Dann wäre dieses Problem gelöst. Diejenigen, die im Winter in die Ferien gehen würden und nicht wüssten, was sie unternehmen sollen, könnten helfen, die Äste zusammenzulesen. Dann hätten wir für alles etwas gemacht.

Fabian Thomi: Ich finde es toll, was schon für Ideen vorhanden sind und freue mich auf die kommenden Vorstösse, die hoffentlich prioritär behandelt werden. Bei der Aussage von Andreas Seiler verstehe ich nicht, was die Beziehung zu Europa hier in der kommunalen Politik zu suchen hat. Was wir da gross zu sagen hätten? Vielleicht hast du da andere Ideen. Zu den konkreten Ideen, die hier fehlen und nicht auf der Resolution genannt sind: Es ist ein Symbol, ein Zeichen, welches zum Umdenken anregen soll. Gerade heute habe ich drei neue Vorstösse eingereicht und bin gespannt, wie es weitergeht und hoffe, auf eure Unterstützung zählen zu können. Die demonstrierenden Jungen verzichten sehr wohl auf etwas, nämlich auf Bildung. Bildung ist wichtig. Zudem hat es schon Demonstrationen an Samstagen gegeben, welche auch von vielen Leuten besucht wurden. Zur Frage von Simone Schaub: Ich bin Vegetarier.



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 20. Mai 2019

Eva Keller: Ich habe den Doktor Google gefragt und herausgefunden, was unter „Klimanotstandserklärung“ steht. Das finde ich wichtig und möchte es dem Rat nicht vorenthalten: *„Die Erklärung des Klimanotstandes ist ein Beschluss vom Parlament, mit dem sie feststellt, dass es eine menschengemachte globale Erwärmung, sprich Klimawandel, gibt und dass die bisher ergriffenen Massnahmen nicht ausreichen, diese zu begrenzen. Mit dem Beschluss werden Regierung und Verwaltung beauftragt, Massnahmen auszuarbeiten, die über den derzeitigen Stand hinausgehen und versprechen, die menschengemachte globale Erwärmung aufzuhalten.“* Also, wir sind uns doch alle einig, darum kann ich nicht verstehen, warum wir diese Resolution nicht annehmen können.

Urs Schneider: Der bürgerlich dominierte Landrat, wie es vorhin hiess, hat diese Resolution abgelehnt. Im Moment habe ich gerade ein „Déjà-vu“. Im Landrat haben wir ca. 500 Stunden über dieses Thema diskutiert und damit Kosten von Sitzungsgeldern zwischen CHF 25 bis 30 Tausend generiert. Wir sind jetzt bereits wieder seit ca. 35 bis 40 Minuten daran und es wird sicher nochmals eine halbe Stunde dauern. Wir haben nie gesagt, dass ein Klimanotstand besteht, wir sprechen von einem Klimawandel und der ist unbestritten. Der Klimawandel findet schon seit Jahrhunderten statt, manchmal in die eine und manchmal in die andere Richtung. Im ewigen Eis findet man bei Bohrungen, dass wir schon vor hunderttausend oder Millionen Jahren hohe CO²-Ausstösse hatten und das Klima damals schon nachhaltig verändert wurde. Wenn wir von einem Klimanotstand sprechen - und das bezweifle ich, denn wir haben einen Klimawandel - dann würden wir alle nach Hause gehen, nicht nur die linke Ratshälfte sondern auch die rechte, und würden unsere Heizung, welche noch nicht abgeschrieben ist, herausreißen und sie ersetzen; die Fenster, welche noch gut sind, durch eine Dreifach-Verglasung austauschen; den Rasen im Garten in eine Magerwiese umwandeln; einen Baum im Garten pflanzen, obwohl wir nicht unbedingt einen Baum im Garten wollen; keine Lebensmittel mehr einkaufen, welche mit dem Schiff oder Flugzeug hierhergebracht wurden usw. Und das auch bei Verwandten und Bekannten. Das ist der Weg. Ich glaube nicht, dass wir mit dieser Resolution etwas bezwecken können. Natürlich können wir sie unterstützen, um unser Gewissen ein bisschen zu beruhigen. Wir können das bei jedem einzelnen Vorstoss berücksichtigen, bei jedem Quartierplan eine Flachdachbegrünung wollen und Bäume ringsherum. Man kann auch bei eigenen Gebäuden mit Solaranlagen weiterfahren. Wir sind bereits dabei, etwas zu machen. GR Stefan Löw hat es vorhin erwähnt. Dazu kommt, dass wir im Kanton Baselland eines der schärfsten Energiegesetze in der ganzen Schweiz haben und das greift. Wenn ich eine neue Heizung einbauen will, muss davon 20 % in erneuerbare Energie verbaut werden. Das ist auch richtig und das greift und das machen wir. Aber wir können das Rad nicht umdrehen und von hinten das Ross aufzäumen. Die SVP-Fraktion wird diese Resolution nicht unterstützen.

Benedikt Schmidt: Ich möchte über einen Aspekt reden, welcher noch nicht wirklich zur Rede kam. Wir haben viele Menüpläne und Vorschläge erhalten, wo wir in die Ferien gehen sollen. Mit dem Klimanotstand und dem Klimawandel, welcher aktuell stattfindet, ist es völlig egal, was seinerzeit mit den Dinosauriern passiert ist. Nur der jetzige Klimawandel ist für uns relevant. Dieser Klimawandel hat Konsequenzen für unser Leben und genau wegen diesen wäre es jetzt sinnvoll, Massnahmen zu ergreifen, um diese abzufedern. Wenn wir in Zukunft mehr Trockenheit haben, müssen wir uns überlegen, was wir mit dem Wasser machen. Der Förster macht sich Gedanken zum Wald und auch die Bauern müssen sich überlegen, woher sie das Wasser für ihre Felder in Zukunft nehmen. Wenn wir also einerseits trockene Zeiten haben und andererseits dafür wieder starke Niederschläge, müssen wir überlegen, wie wir mit Wasser umgehen. Es sind genau diese Massnahmen und Vorbereitungen, wie man die Konsequenzen abmildern kann. Das ist meiner Meinung nach auch ein wichtiges Argument, um diese Resolution zu unterstützen.



G E M E I N D E P R A T T E L N

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES EINWOHNERRATES Sitzung vom 20. Mai 2019

Mauro Pavan: Wenn wir dieser Resolution einfach zustimmen würden, müssten wir definitiv nicht stundenlang darüber diskutieren. Ich glaube, das liegt nicht nur an uns. Der Einwohnerrat in Liestal hat auch eine bürgerliche Mehrheit und hat es geschafft, einer ähnlichen Resolution zuzustimmen. Es geht darum, ein Bekenntnis abzugeben und es geht darum, uns selber zu verpflichten. Einige im Rat versuchen dies mit fadenscheinigen Argumenten zu vermeiden. Ich weiss auch nicht genau warum. Habt ihr Angst, später zu eurem Wort stehen zu müssen? Ihr macht genau das, was ihr uns vorwerft. Ihr versucht, die Verantwortung abzugeben an jeden Einzelnen, an Europa, auf die nationale Ebene. Wir können doch hier bei uns in Pratteln anfangen, Massnahmen zu ergreifen und dazu stehen, uns dazu bekennen und uns auch daran halten.

Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Nein zu 17 Ja (die Zweidrittelmehrheit beträgt 24):

://: Die Resolution ist nicht zustande gekommen.